

**Rede  
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für  
Umwelt und Klimaschutz**

**Marcus Bosse, MdL**

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratungen

**Mensch und Wald vor unkontrolliertem  
Windkraftausbau schützen! 1.000 m Mindestabstand  
für Niedersachsen festlegen!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/5872

während der Plenarsitzung vom 30.06.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Umweltausschuss erleben wir es ja häufiger, dass von der AfD ein Windenergieverhinderungsantrag gestellt wird. Sie unterstellen durch die Hintertür, Windenergie sei im Wald überhaupt nicht möglich, 1.000 m Abstand müssten es mindestens sein, und die Bevölkerung werde in keinster Art und Weise geschützt. All die Dinge haben wir schon einmal gehört.

Im Grunde wollen Sie gar keinen Strom aus Windenergie haben. Dann können Sie es hier doch auch ganz offen und ehrlich sagen. Sie leugnen den Klimawandel. Ihn gibt es angeblich nicht. Warum sollte man dann erneuerbare Energien nutzen? - Das steckt doch hinter den ganzen Anträgen, die uns hier zum Bereich Windenergie regelmäßig erreichen.

Natürlich gilt es, die Bevölkerung zu schützen. Das wird auch ausgiebig getan. Dazu gibt es das Bundes-Immissionsschutzgesetz. Windenergieanlagen sind letzten Endes so zu errichten und zu betreiben, dass schädliche Einflüsse, Nachteile und Gefahren usw. keinen Einfluss auf die Allgemeinheit haben. Wenn Windenergieanlagen errichtet werden, dann sollen auch keine umweltschädlichen Einflüsse zu erwarten sein. Das sind insbesondere Immissionen, aber eben auch die sogenannte bedrängende Wirkung, die in verschiedenen Rechtsprechungen schon Wiederhall finden.

Auch hierzu wurden Abstandsregelungen vorgelegt.

Der Windkraftausbau stagniert. Das wissen wir alle, und dazu haben hier schon mehrere Fraktionen verschiedene Anträge vorgelegt; diese wurden oft mit großer Mehrheit beschlossen. Dass der Windkraftausbau stagniert, ist nicht gut: nicht gut für Niedersachsen, nicht gut für das Klima und auch nicht für die Bundesrepublik. Das Erreichen der vereinbarten Klimaschutzziele ist letzten Endes gefährdet.

Natürlich muss geprüft werden, ob es nicht doch die Möglichkeit gibt, mehr Windenergieanlagen zuzulassen - dementsprechend auch in Wald. Der Windenergieerlass wird ja fortgeschrieben. Fakt ist: Der beabsichtigte Mindestabstand von 1.000 m von Windenergieanlagen zur Bebauung würde ein enormes Hindernis sein, um die Windenergiebranche und den -ausbau zu beflügeln. Eine solche Regelung würde genau zum Gegenteil führen. Auch das wurde uns im Ausschuss mitgeteilt. Daher ist ein starrer Mindestabstand von 1.000 m nicht zielführend. Stattdessen sollte die Opt-out-Regelung angewendet werden, natürlich unter Abwägung aller Interessen.

Der Windkraftausbau ist im Übrigen nie - niemals! - unkontrolliert. Wer das behauptet, hat möglicherweise noch nie an einem Regionalen Raumordnungsprogramm zur Festlegung von Vorrangstandorten für Windkraftanlagen mitgewirkt. Das ist das Gegenteil von unkontrolliert! Die Aufstellung eines Regionalen Raumordnungsprogramms dauert oftmals Jahre. Dabei müssen unendlich viele Kriterien beachtet werden. Darum passiert so etwas niemals unkontrolliert. Außerdem besteht noch das Recht zu klagen: für Verbände, für Privatpersonen, für Kommunen natürlich auch.

In einigen Bundesländern ist Windenergie im Wald schon erlaubt. In Niedersachsen ist sie dort grundsätzlich möglich, findet hier aber wegen verschiedener Strukturen keine Anwendung. Es gibt Flächen im Wald, die dafür durchaus nutzbar sind. Davon bin ich grundsätzlich und felsenfest überzeugt. Im Übrigen sollte man auch daran denken: Solar- und Windkraftanlagen können im Wald ebenso wie auf anderen Flächen schnell auf- und auch wieder abbauen. Ich finde grundsätzlich jede Energieform wünschenswert, die unsere Umwelt nicht auf unabsehbar lange Sicht beeinträchtigt - im Gegensatz zu Kohlekraftwerken auf der einen Seite, die Dreck ausstoßen, und zu Atomkraftwerken auf der anderen Seite, die uns für Jahrtausende den radioaktiven Müll hinterlassen, mit dem wir uns hier auch herumplagen müssen.

Wenn der Wind weht, bauen die einen Mauern, und die anderen bauen Windenergieanlagen. Diese Landesregierung hat sich gegen Mauern entschieden. Ziel muss es sein, den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen. Wer diese Entwicklung behindert, wird mit steigender Abhängigkeit von Energieimporten und letzten Endes auch mit Atomkraft bestraft. Das ist unsere feste Überzeugung. Darum sagen wir: Der Windkraftausbau muss forciert werden.

Herr Wirtz, diese Anträge, die Sie immer wieder stellen, um den Windenergieausbau zu blockieren und zu verhindern - das sind wir gewohnt; damit habe ich begonnen -, können Sie zusammenfalten und in Ihre nassen Stiefel stopfen. Dann haben sie wenigstens einen Sinn.

Danke schön.